

Juli Zeh Die Klassensprecherin

Verräterische Stille



Was ist schrecklicher: die Nachricht, dass die NSA vermutlich sämtliche an das Internet angeschlossenen Endgeräte kartografiert und sich zu diesem Zweck wohl direkten Zugang zu den Netzen von Telekom und Netcologne verschafft hat – oder die Tatsache, dass das niemand richtig interessiert?

Wieder offenbart sich beim Sammeln von Daten eine neue Stufe der Dreistigkeit. Was die NSA tut, ist kriminell – in Deutschland wird das Ausspähen von Daten mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet. Anscheinend besitzt aber kaum noch jemand die Kraft, sich aufzuregen. Es ist still geworden um den NSA-Skandal, und ein stiller Skandal ist keiner.

So kommt es, dass wichtige Fragen gar nicht mehr gestellt werden. Was weiß und wusste die Bundesregierung über die massenhafte Ausspähung? Ist sie gar politisch gewollt und Teil der Kooperation zwischen Bundesnachrichtendienst und NSA? Und wem nützt all das Datensammeln eigentlich, wenn sich trotzdem britische Staatsbürger an der Enthauptung von Geiseln beteiligen können und der Feldzug des „Islamischen Staates“ nicht vorhergesehen wurde?

Die Regierungsstrategie des Aussitzens scheint aufzugehen. Die Öffentlichkeit kann sich nicht ewig für ein Thema interessieren, wenn sich nichts bewegt. Irgendwann erlahmt der Protest, Resignation breitet sich aus. Massenüberwachung wird zur erduldeten Normalität. Dem Bürger bleibt die kleinliche Hoffnung, Big Data möge wenigstens ihm persönlich nicht schaden. „Wohl dem Menschen, wenn er gelernt hat, zu ertragen, was er nicht ändern kann“, sagt Friedrich Schiller.

Aber Politik setzt ja gerade den Glauben an die Veränderbarkeit der Verhältnisse voraus. Selbstverständlich könnte die Europäische Union mit Deutschland an der Spitze dem Treiben der Geheimdienste etwas entgegenzusetzen. Auch das Datensammeln von Internetfirmen auf dem europäischen Markt ließe sich radikal beschränken, wodurch NSA und GCHQ automatisch eine ihrer wichtigsten Quellen verlören. Das Einhacken bei Telekom und anderen Anbietern ließe sich strafrechtlich verfolgen. Wenn es den politischen Willen gäbe.

Irgendwann werden alle Snowden-Dokumente ausgewertet sein. Was passiert, wenn keine neuen Erkenntnisse mehr nachkommen? Es steht zu befürchten, dass dann der letzte Funke an Interesse erlischt. „Schön, dass wir ein Jahr lang darüber gesprochen haben“, wäre eine fundamentale Kapitulationserklärung in einer der wichtigsten Fragen des 21. Jahrhunderts. Künftige Historiker werden uns daran messen.

Wir werden als die Generation in die Geschichte eingehen, die die Errungenschaften der Aufklärung an die digitale Revolution verraten hat.

An dieser Stelle schreiben drei Kolumnisten im Wechsel. Nächste Woche ist Jakob Augstein an der Reihe, danach Jan Fleischhauer.



Verkehr Pkw-Maut nur erster Schritt?

In der Union gibt es Pläne, bis etwa 2020 das Kfz-Steuer-system komplett umzubauen. Ziel sei es, die Steuer vom restlichen Bundeshaushalt abzukoppeln und rein für den Straßenbau oder andere Verkehrsprojekte zu nutzen. Dazu müsste dann für alle Fahrzeuge eine Abgabe gezahlt werden. Die Pkw-Maut, hieß es aus dem Umfeld von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), könne nur ein erster Schritt in diese Richtung sein. Als nächstes müsse die Lücke zwischen Fahrzeugen von 3,5 bis 12 Tonnen geschlossen werden. Für diese Gewichtsklasse und auch für Busse, die derzeit von der Lkw-Maut ausgenommen sind, könnten damit schon bald ebenfalls Straßennutzungsabgaben anfallen. Die Union weiß für dieses Vorhaben offenbar auch einige SPD-Länderverkehrsminister auf ihrer Seite. Dabei soll es sich um Kritiker der von Dobrindt forcierten Maut für ausländische Autofahrer handeln. cnm

BKA-Ausschuss

Gutachter kritisiert Hinweise auf Edathy

Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, hätte das Bundesinnenministerium nicht über seine Erkenntnisse im Fall des SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy unterrichten dürfen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Freiburger Staatsrechtlers Ralf Poscher im Auftrag des BKA-Untersuchungsausschusses. Die Information sei ein Eingriff in Edathys „Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“. Nach dem Hinweis, dass der Name Edathy im Zusammenhang mit Kinderporno-Ermittlungen aufgetaucht sei, hatte der damalige CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich die SPD-Spitze davon in Kenntnis gesetzt. Grundsätzlich habe das Bundesinnenministerium durchaus Anspruch auf derartige BKA-Informationen, führt der Gutachter aus; der juristische Rahmen dafür sei aber verfassungsrechtlich zweifelhaft. Ein weiteres Gutachten des Bochumer Kriminologen Thomas Feltes beanstandet den Datenaustausch des BKA nicht. gud

Blick auf Deutschland

Der Schweizer Journalist **Tin Fischer** in der *NZZ am Sonntag* über das gegenwärtige Erscheinungsbild Deutschlands



„Das Erstaunlichste am zweiten deutschen Wirtschaftswunder ist aber, wie zurückhaltend die Deutschen bis jetzt darauf reagieren. Die Lobeshymnen auf Deutschland erscheinen eigentlich nur in englischer Sprache. Bücher darüber, warum die Deutschen die besseren Schweizer sind, sind auch noch keine erschienen.“